



DPG-Rundbrief – März III 2022

Internationaler Frauentag

Am 8.3. wird der Internationale Frauentag begangen. Die DPG möchte diesen Tag zum Anlass nehmen, über die Situation der Frauen in Palästina zu berichten:

Auch in Palästina hat die COVID-19-Pandemie viele Herausforderungen gerade für Frauen verschärft und auch zu einem höheren Maß an häuslicher Gewalt, emotionaler und psychischer Belastung, zu einer größeren Verantwortung im Haushalt und einer geringeren Beteiligung von Frauen am nationalen Arbeitsmarkt geführt.

Frauen in Palästina sind verschiedenen sozialen Hürden ausgesetzt, die ihren Aufstieg im formellen Beschäftigungssektor behindern. Sie müssen die negativen Auswirkungen der durch die israelische Besatzung des Westjordanlands und des Gazastreifens auferlegten Beschränkungen ertragen. Die Arbeitslosigkeit ist in Palästina sehr hoch und durch die von der PA und der Hamas in Gaza verhängten Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie noch weiter gestiegen. Untersuchungen des Netzwerks palästinensischer Nichtregierungsorganisationen (PNGO) zeigen, dass Armut und Arbeitslosigkeit unter Frauen und von Frauen geführten Haushalten zugenommen haben, insbesondere im Gazastreifen. Nach Angaben des palästinensischen Zentralamts für Statistik lag die Arbeitslosenquote bei Frauen im ersten Quartal 2020 bei 37 Prozent, während sie bei Männern 20 Prozent betrug. Im Jahr 2021 waren lediglich 23 Prozent der palästinensischen Frauen zwischen 25 und 49 Jahren erwerbstätig. Durch die Schließung von Schulen und Kitas waren Frauen auch vermehrt in die Betreuung und Pflegearbeit eingebunden.

Viele Hindernisse, die einer höheren Erwerbsbeteiligung von Frauen in Palästina im Wege stehen, bestanden bereits vor der Pandemie. Nach Angaben der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) verzeichneten sie "höhere Arbeitslosenquoten, niedrigere Löhne und waren gleichzeitig einer zunehmenden Diskriminierung und geschlechtsspezifischen Segregation ausgesetzt". Die negativen Auswirkungen der Pandemie auf die Mobilität und den Erhalt des Arbeitsplatzes wirkten sich unverhältnismäßig stark auf die weiblichen Arbeitskräfte aus. Reiseverbote, Quarantäne- und Abriegelungsmaßnahmen behinderten die Freizügigkeit von Frauen und erhöhten den Druck auf Unternehmen, insbesondere auf kleine und mittlere Unternehmen.

Generell müssen der öffentliche und der private Sektor in Palästina die Gleichstellung der Geschlechter in den Mittelpunkt ihrer Verantwortung stellen und sich auf die Umsetzung einer geschlechtergerechten Politik konzentrieren.

Dazu gehören Investitionen in die Kinderbetreuung, insbesondere in die Verfügbarkeit und Erschwinglichkeit von Kindertagesstätten. Diese bieten als solches auch eine wichtige Einnahmequelle für Frauen. Die gerechtere Verteilung der Hausarbeit zwischen Männern und Frauen muss auch weiter gefördert werden.

Die palästinensische Autonomiebehörde hat einen nationalen Notfallplan vorgelegt, um die Auswirkungen der Pandemie auf die Wirtschaft zu mildern. Das Ministerium für Frauenangelegenheiten schlug ebenfalls einen Notfallplan vor, der Maßnahmen zur Unterstützung von Frauen vorsieht, darunter auch die Bereitstellung von Finanzhilfen für die am stärksten gefährdeten Gruppen. Gerade für Frauen müssen Möglichkeiten für Teilzeitarbeit, für flexible Arbeitszeitmodelle und Freistellungen im Krankheitsfall der Kinder umgesetzt werden.

Untersuchungen des Netzwerks palästinensischer Nichtregierungsorganisationen (PNGO) zeigen, dass Armut und Arbeitslosigkeit unter Frauen und von Frauen geführten Haushalten zugenommen haben, insbesondere im Gazastreifen. Dies hat die häusliche und berufliche Belastung der Frauen erhöht und fand vor dem Hintergrund von Armut, Einkommensverlusten und einem sinkenden Lebensstandard statt. Gewalt gegen Frauen, wie auch sogenannte "Ehrenmorde", also die Ermordung der Ehefrau, sind immer noch in zu vielen Familien legitimiert. Über die Hälfte der verheirateten Frauen gaben 2019 an, unter psychischer Gewalt gelitten zu haben, knapp 20% waren körperlicher Gewalt und ca. 8% sexualisierter Gewalt ausgesetzt gewesen.

Der Druck, die Entwürdigung, die Schikane und Entmenschlichung, der Verlust von Würde, der alle Menschen im besetzten Palästina ausgesetzt sind, wird häufig in der Familie an die Frauen weitergegeben.

Der Internationale Frauentag sollte auch zum Anlass genommen werden, auf die UN- Sicherheitsratsresolution 1325 "Frauen, Frieden und Sicherheit" aufmerksam zu machen. Gilt es einerseits, Frauen und Mädchen in Kriegs- und Krisenregionen besonderen Schutz zu bieten, werden gleichzeitig die Stärkung und Teilhabe von Frauen an friedensschaffenden Prozessen gefordert. In Palästina wurden für Strategie und Umsetzung der Resolution 200 Stellen in verschiedenen Ministerien geschaffen.

Ursula Mindermann, DPG-Vizepräsidentin

BIP- KONFERENZ 27. – 29. Mai 2022
in Nürnberg
Meistersingerhalle, Raum 6

**Israelis und Palästinenser –
Leben unter Diskriminierung
und Rechtlosigkeit?**

Anmeldung nur an Dr. Götz Schindler

goeschi42@googlemail.com

Breite Wiese 23, 85617 Aßling

Weiter Angaben über Kosten, Themen und Referenten/innen: siehe beigefügte Anlage
